Freie Demokraten im Hessischen Landtag

KNELL: FREIE DEMOKRATEN FORDERN SCHNELLE AUSWEITUNG DES MESSSTELLENNETZES

06.09.2021

- **Novellierte Düngeverordnung macht Landwirtschaft Probleme**
- **Rote Gebiete spiegeln Realität nicht wider**
- **Mehr Messstellen für mehr Gerechtigkeit**

WIESBADEN – Wiebke KNELL, landwirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, hat eine schnellere Ausweitung des Messstellennetzes gefordert, um die Auswirkungen der novellierten Düngeverordnung für die Landwirtschaft gerechter zu gestalten. „Die Landesregierung darf sich nicht dahinter verstecken, dass das Messstellennetz zur Feststellung der Nitratbelastung laut Gesetz erst bis Ende 2024 aufgebaut sein muss. Die offenkundig zu geringe Dichte des Netzes bereitet den Landwirtinnen und Landwirten aktuell Schwierigkeiten. Sie können nicht darauf warten, dass es vielleicht in drei Jahren besser wird“, erklärt Knell.

Hintergrund ist eine Neuausweisung mit Nitrat belasteter Gebiete infolge der Novellierung der Düngeverordnung – für diese Neuausweisung und das Messstellennetz sind die Länder verantwortlich. „Das hatte in Hessen Folgen, die kaum die Realität widerspiegeln. Teilweise liegen Waldflächen in roten Gebieten, wo offenkundig keine Gülle ausgebracht wird, und nahezu das gesamte Rhein-Main-Gebiet ist rotes Gebiet, obwohl dort praktisch nicht viel Tierhaltung stattfindet. Es gibt Betriebe, die in roten Gebieten liegen, obwohl die nächste Messstelle 50 Kilometer entfernt liegt, während auf den Betriebsgeländen vorhandene Brunnen teilweise nicht als Messstellen anerkannt wurden“, macht Knell deutlich. „In der Folge dürfen viele Landwirte weniger düngen, als es für ihre Arbeit nötig wäre. Das ist nicht verursachergerecht.“

Abgerufen am 10.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=29389

Knell ergänzt: „Es ist für die landwirtschaftlichen Betriebe katastrophal, wenn sie in einem roten Gebiet liegen, weil sie dann nur noch 20 Prozent unter dem Bedarf der Pflanzen düngen dürfen.“ Andere Bundesländer mit besserem Netz seien weniger stark betroffen, zum Beispiel Baden-Württemberg. Dort seien von der Ausweisung der roten Gebiete nur 1,5 Prozent der Landesfläche betroffen, in Hessen rund fünf Prozent.

Kontakt:
Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de

Abgerufen am 10.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=29389